

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

- 18. WP-

24. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Januar 2013, um 11:30 Uhr,
in Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

i. V. v. Birgit Herdejürgen

Beate Raudies (SPD)

i. V. v. Lars Winter

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Weitere Abgeordnete:

Uli König (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte - Europabericht 2012	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/360	
2. Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur „Koalition gegen Diskriminierung“	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/353	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein	6
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/191	
4. Übertragung des Tarifabschlusses für Beamte	8
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/331	
5. Barrierefreien Haushalt im offenen Format veröffentlichen	9
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/383	
6. Änderungsanträge der Fraktionen zum Landeshaushalt 2013	11
<ul style="list-style-type: none">• Änderungsanträge der Fraktion der CDU Umdruck 18/590• Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN Umdruck 18/591• Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/596• Änderungsanträge der Fraktionen der FDP Umdruck 18/597	

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 11:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte - Europa-bericht 2012

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/360](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2012 an den **Europaausschuss** und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Europabericht 2012 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur „Koalition gegen Diskriminierung“

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/353](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2012 an den **Sozialausschuss** und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Über die finanziellen Auswirkungen eines Beitritts des Landes zur „Koalition gegen Diskriminierung“, [Drucksache 18/353](#), will der Finanzausschuss in der nächsten Sitzung, am 17. Januar 2013, in Anwesenheit der politischen Spitze des Sozialministeriums beraten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes
Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der
Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/191](#)

(überwiesen am 26. September 2012 an den Innen- und Rechtsausschuss; Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts)

Der Vorsitzende teilt mit, der Innen- und Rechtsausschuss habe den Finanzausschuss gebeten, sich mit den finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs zu befassen.

Herr von Riegen, Leiter des Referats öffentliches Dienstrecht im Innenministerium, führt aus, das Innenministerium habe die Kommunen und die Ressorts gefragt, inwieweit in den beiden letzten Jahren durch die Änderung des Mitbestimmungsgesetzes im Wege des Haushaltsbegleitgesetzes Einsparungen erzielt worden seien (Größe des Personalrats, Zahl der Fortbildungstage von Personalratsmitgliedern). Die Streichung des Sitzungsgeldes habe zu jährlichen Einsparungen von knapp 45.000 € geführt. Die übrigen Gesetzesänderungen hätten bei den Ressorts zu keinen beziehungsweise keinen bezifferbaren Einsparungen geführt. Als wesentlicher Grund dafür werde angegeben, dass das maximale Freistellungskontingent für Fortbildungen in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft worden sei. Eine Neuwahl der Personalräte - wie im Jahr 2011 - verursache naturgemäß immer höhere Fortbildungskosten. Hinsichtlich der Größe des Personalrats habe ein Ressort eine Einsparung in Höhe von 0,6 Stellen zurückgemeldet. Die Abfrage bei den Kommunen laufe noch.

Abg. Dr. Garg bittet das Innenministerium um eine Übersicht über die Gesamtkosten der Fortbildung der Personalratsmitglieder der Ressorts in den Jahren 2009 bis 2012 und die Summe der Freistellungstage.

Abg. Koch stellt fest, dass sich die Reduzierung der Höchstzahl der Fortbildungstage nicht ausgewirkt habe, weil die Personalratsmitglieder den maximalen Umfang nie in Anspruch genommen hätten. Er möchte wissen, wie viel Arbeitsstunden für die Personalratsarbeit geleistet beziehungsweise durch die Gesetzesänderung eingespart worden seien und inwieweit der Gesetzentwurf, der auch bei den Kommunen zu Mehrkosten führe, Konnexität auslöse.

Der Vorsitzende begründet die Rücknahme der Reduzierung der Zahl der Fortbildungstage mit dem individuellen Bedürfnis nach Fortbildung, das gerade angesichts einer zunehmenden Fluktuation der Personalratsmitglieder höher ausfallen könne. Die Frage der Konnexität werde durch den Wissenschaftlichen Dienst untersucht; dessen Stellungnahme solle neben dem Innen- und Rechtsausschuss auch dem Finanzausschuss zugeleitet werden.

Abg. Neve hält es für folgerichtig, bei der Personalratswahl das Zählverfahren von d'Hondt auf Sainte-Laguë/Schepers umzustellen.

Der Finanzausschuss wird seine Beratungen am 31. Januar 2013 fortsetzen. Bis dahin soll das Innenministerium darlegen, wie sich in den Jahren 2009 bis 2012 die Gesamtkosten der Fortbildung der Personalratsmitglieder in den Ressorts und die Zahlen der Freistellungsstunden oder -tage für die Personalratsarbeit oder -fortbildung entwickelt haben.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Übertragung des Tarifabschlusses für Beamte

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/331](#)

(überwiesen am 12. Dezember 2012 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, zum FDP-Antrag am 31. Januar 2013 den dbb und DGB anzuhören.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Barrierefreien Haushalt im offenen Format veröffentlichen

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/383](#)

(überwiesen am 14. Dezember 2012)

Abg. König bekräftigt die Zielsetzung des Antrags, die Daten des Haushalts möglichst einfach und transparent in digitaler Form zugänglich zu machen, elektronisch weiterverarbeiten zu können sowie Querverweise und Verknüpfungen zu ermöglichen. Die Menschen müssten den Haushalt verstehen können.

Finanzstaatssekretär Losse-Müller steht der Intention, den Bürgerinnen und Bürgern den Haushalt möglichst barrierefrei zur Verfügung zu stellen, grundsätzlich positiv gegenüber. Eine Umprogrammierung und digitale Verfügbarkeit aller Haushaltsdaten sei aufgrund der Kosten von 3 Millionen bis 4 Millionen € in naher Zukunft allerdings nicht möglich. Daher suche man nach einem pragmatischen Weg, die Daten des Haushalts möglichst transparent und zugänglich darzustellen.

Herr Granert aus dem Haushaltsreferat des Finanzministeriums ergänzt, die maschinenlesbare Excel-Verarbeitung könnte man ohne große Kosten in einem offenen Format bereitstellen. Barrierefreie, maschinenlesbare pdf-Dokumente gebe es in Schleswig-Holstein nicht.

Abg. Harms - unterstützt von Abg. Raudies und Dr. Garg - problematisiert den Begriff der Barrierefreiheit, der durch die Behindertenpolitik eindeutig besetzt sei. Vordringliches Ziel müsse es sein, dass alle Menschen, auch Menschen mit Behinderung, den Haushalt lesen könnten, egal in welcher Form.

Auch Abg. Koch spricht sich dafür aus, den komplexen Landeshaushalt für alle Menschen verständlicher zu machen und Verknüpfungen zu ermöglichen.

Der Finanzausschuss stellt die Beschlussfassung über den Antrag Drucksache 18/383 zurück. Zunächst soll zu dem Thema ein Workshop des Finanzministeriums unter Beteiligung des Finanzausschusses stattfinden. Der Ausschuss ist sich in der Zielsetzung einig, den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern den Haushalt näherzubringen, die innere Struktur des Haushalts verständlicher zu machen, die technischen Möglichkeiten auszureizen

und insbesondere auch Menschen mit Behinderung einen Zugang zu den Haushaltsdaten zu ermöglichen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Änderungsanträge der Fraktionen zum Landeshaushalt 2013

- Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Umdruck 18/590
- Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN
Umdruck 18/591
- Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Umdruck 18/596
- Änderungsanträge der Fraktionen der FDP
Umdruck 18/597

Der Ausschuss nimmt die Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushalt entgegen. Über die Anträge soll in der nächsten Sitzung abgestimmt werden.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer